

Glyphosat-Ausstieg jetzt! – Nurland fordert klares Votum von Bundesminister Schmidt im Europäischen Rat

geschrieben von Andreas | 24. Oktober 2017
Pressemitteilung, 24.10.2017

Gräfelfing – Nach dem klaren Votum des Europäischen Parlaments für einen endgültigen Glyphosat-Ausstieg muss jetzt auch das Bundeslandwirtschaftsministerium seinen Widerstand gegen ein Verbot des Ackergifts aufgeben. „Die Zeit ist reif, das Totalherbizid endlich komplett aus dem Verkehr zu ziehen. Das muss nun auch Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt einsehen“, sagte Nurland Präsident Hubert Heigl am Dienstag in Gräfelfing. Heigl fordert den Bundesminister auf, bei der Abstimmung am Mittwoch im Europäischen Rat ebenfalls klar für den Ausstieg zu votieren.

„Christian Schmidt muss jetzt endlich Farbe bekennen. Die Bundesregierung darf den Ausstieg nicht noch einmal durch ihre Enthaltung blockieren, sondern muss sich an die Seite von Frankreich, Italien und der Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten stellen, die alle für einen Ausstieg sind“, forderte der Nurland Präsident. Die jüngsten Enthüllungen im Zusammenhang mit den sogenannten Monsanto-Papers zeigten klar und deutlich, wie die Gefahren des Ackergifts vom Hersteller über Jahrzehnte hinweg systematisch ignoriert und kleingeredet wurden – und das mithilfe zum Teil unlauterer Praktiken.

„Es wird Zeit, dass Europa die kritischen Einwände und Enthüllungen endlich ernst nimmt und Glyphosat verbietet“, unterstrich Heigl: „Dass erfolgreicher Ackerbau auch ohne Ackergifte möglich ist, beweist der Öko-Landbau seit

Jahrzehnten. Für ein effektives Unkrautmanagement brauche es stattdessen Vielfalt in der Fruchtfolge, eine intelligente Verteilung der Kulturen und den Einsatz modernster Technik in der mechanischen Bodenbearbeitung“, sagte der Naturland Präsident.

Zivilgesellschaft und Wissenschaft fordern Ausstieg

Der Streit über eine erneute Zulassung von Glyphosat schwelt seit rund zwei Jahren; die bisherige Genehmigung läuft Ende 2017 aus. Kritische Wissenschaftler fordern schon lange ein Verbot des Wirkstoffs, den die internationale Agentur für Krebsforschungsagentur der Weltgesundheitsbehörde WHO (IARC) als „wahrscheinlich krebserregend für den Menschen“ eingestuft hat. Auch über 1,3 Millionen EU-Bürger haben in einer Europäische Bürgerinitiative ein Verbot von Glyphosat gefordert. Dennoch war das Verbot im vergangenen Jahr mehrfach im Europäischen Rat gescheitert, unter anderem wegen der unklaren Haltung Deutschlands.

Am Dienstag nun hat auch das Europäische Parlament mit großer Mehrheit verlangt, die Zulassung für Glyphosat innerhalb der nächsten fünf Jahre auslaufen zu lassen. Die Parlamentarier stellten zudem eine Übergangsregelung in Aussicht, um konventionellen Landwirten die Umstellung auf nachhaltigere Alternativen zu erleichtern.

Markus Fadl
Pressesprecher

Naturland – Verband für ökologischen Landbau e.V.
Kleinhaderner Weg 1, 82166 Gräfelfing
Tel. +49 (0) 89 – 89 80 82 31, Mobil: +49 (0) 172 – 65 98 389
www.naturland.de, www.oekobauer-gesucht.de

Italien beschließt Ausstieg aus dem Klimakiller Kohle

geschrieben von Andreas | 24. Oktober 2017

Oxfam: Deutschland muss nachziehen, Koalitionsvertrag muss das Ende der Kohlekraft einleiten

Berlin, 24. Oktober 2017. Die Ankündigung der italienischen Regierung, bis 2025 aus der klimaschädlichen Kohlekraft auszusteigen, kommentiert Jan Kowalzig, Klima-Experte bei Oxfam Deutschland:

„Während Italien passend zur Weltklimakonferenz in Bonn den Ausstieg aus der klimaschädlichen Kohlekraft beschließt, müssen in Deutschland die Politiker erst noch klären, ob sich eine künftige Jamaika-Bundesregierung ernsthaft um das Pariser Klimaschutzabkommen scheren wird. Warme Worte helfen hier nicht. Nur mit einer zügigen Abkehr vom Klimakiller Kohle sind die bestehenden Klimaschutzziele zu schaffen.“

Andere Länder, darunter Großbritannien, Frankreich, Kanada und nun auch Italien haben den Abschied von der Kohle fest im Programm. Jetzt muss Deutschland nachziehen. Der Ausstieg aus der Kohle im Laufe der nächsten fünfzehn Jahre gehört unbedingt in den Koalitionsvertrag.“

Hintergrund:

Die Regierung Italiens hat heute im italienischen Parlament den Ausstieg aus der Kohlekraft verkündet. Der Ausstieg soll bis 2025 vollzogen werden. Derzeit liefert die Kohle knapp 15 Prozent des Stroms in Italien. Das ist zwar deutlich weniger als in Deutschland, Szenarien belegen aber, dass ein Ausstieg in Deutschland in den kommenden fünfzehn Jahren ebenfalls

möglich wäre.

Pressekontakt:

Nikolai Link, Tel.: 030-45 30 69 712, E-Mail: nlink@oxfam.de

Jan Kowalzig, Tel.: 0178-4538050, E-Mail: jkowalzig@oxfam.de,

Oxfam ist eine internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation, die weltweit Menschen mobilisiert, um Armut aus eigener Kraft zu überwinden. Dafür arbeiten im Oxfam-Verbund 20 Oxfam-Organisationen Seite an Seite mit rund 3.500 lokalen Partnern in mehr als 90 Ländern.

Mehr unter www.oxfam.de

Oxfam Deutschland e.V.
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Deutschland